

## Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2008

Antrags-Nr. 08-F-25-0077

### **Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung ausbauen**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Viele Eltern mit Kindern unter drei Jahren wünschen sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Unternehmen, wie z.B. flexible Arbeitszeiten, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach der Familienpause, zeitlich befristete Teilzeitarbeitsplätze etc. zählt auch die betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, mit individuellen und passgenauen Lösungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Faktoren, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern besser ermöglichen.

Seit Februar 2008 werden kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des „Förderprogramms Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ durch das Bundesfamilienministerium gefördert, wenn sie für Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahr neue, zusätzliche Gruppen für Mitarbeiterkinder schaffen. Das Programm setzt auf eine Kooperation zwischen den Unternehmen und öffentlichen sowie freien Trägern von Betreuungseinrichtungen.

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Serviceleistungen - z.B. eine zentrale Servicestelle, Informationsflyer etc. - in Kooperation mit dem „Lokalen Bündnis für Familien“ kleine und mittlere Betriebe zu motivieren und zu unterstützen, sich an dem Bundesprogramm „Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zu beteiligen.

---

### **Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der o.a. Antrag wird wie folgt geändert:

Der dritte Absatz wird um einen neuen ersten Satz ergänzt. Der Absatz lautet nun:

„Die Kooperation zwischen Unternehmen und öffentlichen bzw. freien Trägern, wie mit dem Projekt „Terminal for Kids“ (08-V-51-0024) begonnen, wird fortgesetzt. Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Serviceleistungen - z.B. eine zentrale Servicestelle, Informationsflyer etc. - in Kooperation mit dem „Lokalen Bündnis für Familien“ kleine und mittlere Betriebe zu motivieren und zu unterstützen, sich an dem Bundesprogramm „Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zu beteiligen.“

## Beschluss Nr. 0324

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 betr.

Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung ausbauen

wird bei Übernahme des Änderungsantrages der SPD durch die Antrag stellenden Fraktionen in der folgenden Fassung angenommen:

Viele Eltern mit Kindern unter drei Jahren wünschen sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben einer familienfreundlichen Personalpolitik in den Unternehmen, wie z.B. flexible Arbeitszeiten, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach der Familienpause, zeitlich befristete Teilzeitarbeitsplätze etc. zählt auch die betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung, mit individuellen und passgenauen Lösungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Faktoren, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern besser ermöglichen.

Seit Februar 2008 werden kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des „Förderprogramms Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ durch das Bundesfamilienministerium gefördert, wenn sie für Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahr neue, zusätzliche Gruppen für Mitarbeiterkinder schaffen. Das Programm setzt auf eine Kooperation zwischen den Unternehmen und öffentlichen sowie freien Trägern von Betreuungseinrichtungen.

„Die Kooperation zwischen Unternehmen und öffentlichen bzw. freien Trägern, wie mit dem Projekt „Terminal for Kids“ (08-V-51-0024) begonnen, wird fortgesetzt.

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Serviceleistungen - z.B. eine zentrale Servicestelle, Informationsflyer etc. - in Kooperation mit dem „Lokalen Bündnis für Familien“ kleine und mittlere Betriebe zu motivieren und zu unterstützen, sich an dem Bundesprogramm „Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zu beteiligen.“

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2008

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .06.2008

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister